

Büttower Anzeiger.

Der „Büttower Anzeiger“
erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.
Abonnementspreis
beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.



Der **Inserationspreis**
beträgt pro einhaltige Zeile 10 Pf. Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag Mittag erbeten.
Alle Anzeigen-Bureau nehmen Inserate für dieses Blatt an.
Einrückungsaufträge an alle auswärtigen Blätter werden ohne Preisauflage vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: J. Glöde in Büttow.

Verlag und Redaktion von J. Glöde in Büttow.

Herrn v. Caprivi's Rede.

Es ist parlamentarische Sitte, daß bei der Beratung des Etats alle nur irgend erdenklichen Wünsche und Beschwerden, die die Abgeordneten aus dem Herzen vorbringen, vorgetragen werden, und so kann es nicht überraschen, daß auch der Reichszustandler v. Caprivi die Gelegenheit der Staatsberatung ergriff, um über allerdings wichtige Dinge zu sprechen, die mit dem Etat höchstens in dem Zusammenhange stehen, daß eine gute Politik einen günstigen Finanzstand ermöglicht.

Erst die neueste Nummer eines vielgelesenen Wochenblattes hatte die verblühte Meldung gebracht, daß der Nachfolger des Fürsten Bismarck ankündete sei. Herr v. Caprivi befreit sich auf das entschiedenste, wobei er die Bemerkung fallen ließ, gewisse Zeitungen schienen „Reinkulturen für Deunruhigungs-Becken“ zu sein. Seine Politik sei eine sehr einfache, sie beruhe stets auf Wahrheit und Offenheit; man brauche nicht immer seine letzten Gedanken zu sagen, aber man brauche auch niemand zu täuschen.

Schon bei einer andern Gelegenheit hatte der Kanzler betont, was er in seiner Freiheitsrede wiederholte, daß nämlich der Kronstädter Besuch an den hauptsächlichsten Verhältnissen nichts geändert habe. Hatte seiner Zeit Fürst Bismarck in der Fremdschiff auf Ausland als „turnpost“ bezeichnet, so ist auch Herr v. Caprivi wenigstens immer noch „teufelhaft“ davon überzeugt, daß die Stimmung des Haren die friedliebende von der Welt sei. Der zunehmenden Steigerung des Selbstgefühls bei unsern westlichen Nachbarn stellt Herr v. Caprivi die friedliche Bestimmung entgegen, daß in dem Sinne, daß sie den Frieden erhalten könne. Trotzdem würden die allgemeinen Kriegserwartungen in Europa noch lange Zeit fortbestehen und auch die Friedenskongresse daran nichts ändern.

Die Bemerkung, daß die Regierungen im nächsten Winter mit dem Reichstage in Verhandlungen darüber eintreten würden, wie die steigende Bevölkerung des Reiches nutzbar gemacht werden könne, wurde allgemein so aufgefaßt, daß man mit der zweijährigen Dienstzeit wenigstens den Versuch machen wolle. Mit großer Befriedigung wurde der Satz aufgenommen, daß es nicht nur auf die Heeresziffern ankomme, sondern auch sehr viel auf Zahl und Löhnlöhigkeit der Offiziere, und daß gerade in diesem Punkte kein Band in einem künftigen Kriege so große Chancen habe, als Deutschland.

Der Kanzler rechtfertigte auch die Aufhebung des Postzwanges, das Entgegenkommen gegen die Polen und den deutsch-englischen Vertrag wegen Afrikas. In Uebereinstimmung mit weitestgehenden des Volkes, welche nicht parteipolitisch abgegrenzt sind, nannte er die Antikolonialisierung „ein zweifelhafte Mittel“ für die Kolonisation und begründete in vierfacher Weise die Beschränkung, die dem Kolonialstrange durch den erwähnten deutsch-englischen Vertrag auferlegt worden sei.

Die Kanzlerrede hat im allgemeinen einen guten Eindruck hervorgerufen. Sie zeigt, daß sich die Regierung über die Parteien zu stellen und vielsach bestehende Gegensätze auszugleichen sich bemüht. Die friedlichen Versicherungen klingen stets überzeugender, wenn sie von einem Militär gegeben werden, und das deutsche Volk wird sie gewiß dankbar annehmen. Daß die Rede des Herrn v. Caprivi dennoch nicht die Wirkung erzielt hat, alle Parteien zufriedenzustellen, liegt auf der Hand. Die große Beunruhigung, die Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig erfaßt hat und welche der Kanzler so leicht bekämpfte und als ein Produkt der Zeitungschreiber hinzustellen beliebte, beruht auf der Ungewißheit bezüglich dessen, was uns die Handelsverträge, die in den nächsten Tagen dem Reichstage vorgelegt werden sollen, bringen werden. Erst wenn die neuen Abmachungen mit Oesterreich, Italien und der Schweiz bekannt sind, kann sich Handel, Industrie und Landwirtschaft für eine längere Zukunft einrichten, während gegenwärtig naturgemäß alles in Spannung und Aufregung ist. Denn nicht nur die unsere Ausfuhr sind die neuen Verträge von höchster Bedeutung, sondern auch für die Preisbildung im Anlande.

Nächst der Aufrechterhaltung des Friedens sind das die wichtigsten Fragen des Tages, von

deren glücklicher Lösung die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands zum großen Teil mit abhängt. Es ist einzusehen, daß der Kanzler Erklärungen nach dieser Richtung hin jetzt noch nicht abgeben konnte. Bleiben doch die wirtschaftlichen Abmachungen mit den befreundeten Mächten bis zu dem Moment, in welchem sie gleichzeitig den betreffenden Parlamenten vorgelegt werden sollen, in ein undurchdringliches Geheimnis gehüllt. Nur soviel steht bisher unwiderprochen fest, daß Oesterreich-Ungarn eine Ermäßigung der Getreibeizölle für sich durchgesetzt hat. Es ist möglich, daß zur Bekämpfung dieser Verträge auch Fürst Bismarck im Reichstage erscheint, was zur besseren Klärung der gesamten Sachlage sogar wünschenswert wäre. Möglich und zu hoffen ist, daß nach dieser Klärung die „Beruhigung“ sich einstellt, welche der Herr Reichszustandler bereits mit seiner Budgetrede herbeizuführen beabsichtigt war.

Bismarck und Windthorst.

Zum Rücktritt des Fürsten Bismarck tragen die „Gamb. Nachr.“ neues Material herbei und zwar unter der Ueberschrift: „Fürst Bismarck und der Abgeordnete Windthorst.“ Der betreffende Artikel lautet: In der Presse wird der Besuch erörtert, den der verstorbene Abg. Windthorst im März vorigen Jahres dem Fürsten Bismarck wenige Tage vor dessen Entlassung abgelehnt hat. Die Germania macht in ihrer letzten Nummer die Andeutung, daß die Initiative zu der damaligen Unterredung von keinem der beiden Beteiligten ausgegangen, sondern daß die Zusammenkunft durch eine Mittelsperson herbeigeführt worden sei. Mit dieser Andeutung kann niemand anders als Herr v. Windthorst gemeint sein. Durch ihn ließ Herr Windthorst dem Fürsten Bismarck vertraulich anfragen, ob letzterer bereit sei, ihn zu empfangen. Der erste Eindruck des Reichszustandlers war der der Bewunderung, nicht darüber, daß der Abgeordnete Windthorst ihn zu sprechen wünsche, sondern darüber, daß derselbe vorher einer Anfrage darüber würde, ob er nicht es war durch langjährige Praxis bekannt, daß Fürst Bismarck es für eine dienstliche Pflicht hielt, jeden Reichstagsabgeordneten, der sich unter Berufung auf diese seine Eigenschaft bei ihm melden ließ, zu jeder Zeit zu empfangen, um so mehr eine im Reichstage so hervorragende Persönlichkeit, wie die des Fürsten des Zentrums. Fürst Bismarck beantwortete die gestellte Anfrage damit, daß seine Verehrlichkeit selbstverständlich sei und empfing den Abgeordneten Windthorst, sobald derselbe sich bei ihm melden ließ. In dem darauf stattgefundenen Gespräch, dessen Dauer etwa 1 bis 1 1/2 Stunden betragen konnte, hat Fürst Bismarck natürlich das geschäftliche Bedürfnis, zu erfahren, welche Haltung das Zentrum in dem damals neu gewählten Reichstage annehmen werde und welches die Ansprüche seien, die dasselbe stellen werde. Von dem Verlaufe, irgend eine Kooperation einzuleiten, war zwischen beiden Herren keine Rede. Fürst Bismarck verhielt sich lediglich höflich und der Abgeordnete Windthorst notizierend, d. h. die Bedürfnisse des Zentrums nach Zurückgabe der Stimmung der Wähler darlegend. Herr Windthorst hat auch nicht verfehlt, nach Zerstreuerung der Kartellfragen, wie die „Ndn. Zig.“ sich ausdrückt, eine Anknüpfung der Regierung mit der Zentrums-partei herbeizuführen; er hat lediglich auf die Sonderung des Fürsten Bismarck präpariert, was das Zentrum haben müsse, um zufrieden zu sein. Der Abgeordnete Windthorst hat sich hierüber klar und präzis dahin ausgesprochen, daß das Zentrum die Herstellung des status quo ante 1870 in allen und jeden Beziehungen erstrebe. Mit dieser Erklärung war für den Fürsten Bismarck das Bedürfnis der Sonderung erschöpft. Im übrigen bezog sich die Unterhaltung auf beiden Seiten auf die Frage des bevorstehenden Rakettenschußes, wobei der Abgeordnete Windthorst dem Fürsten Bismarck zum Verbleiben in seiner Stellung lebhaft zuredete, für den Fall aber, daß der Wechsel dennoch statthände, dringend empfahl, die Nachfolge einem Militär, also einem General, zu übertragen, indem er dabei die Bedenken geltend machte, die gegen eine zivilistische Leitung in der unruhigen Lage der Parteienverhältnisse sprächen. Als Fürst Bismarck auf diesen Gesichtspunkt eingieng, empfahl der Abg. Windthorst bei einer Besprechung der Personenerfrage in erster Linie den General v. Caprivi, der sich durch parteilose und sachliche Haltung während seiner Vertretung der Marine im Reichstage auch als Meister das Ansehen erworben habe, mit dem seine Persönlichkeit umgeben sei. Beide Herren

vertehrten und trennten sich in den wohlwollenden Formen, die ihre beiderseitige gesellschaftliche Stellung naturgemäß mit sich brachte. Der damalige Reichszustandler war durch diese Unterredung zu der Ueberzeugung gelangt, welche er in den wenigen Tagen, die er noch im Amte blieb, auch nicht verfehlt hat: daß eine geschäftliche Annäherung der Regierung an das Zentrum wegen der zu weit gehenden Forderungen desselben in der damaligen Lage nicht thunlich sei. Wir glauben aber nicht, daß die höfliche Natur der Unterredung den Fürsten Bismarck dazu geführt haben wird, diese Ueberzeugung Herrn Windthorst gegenüber besonders auszusprechen. Ueberraschend war demnach für den Reichszustandler nur die Schnelligkeit, mit welcher der Vorgang der Annäherung mit Herrn Windthorst und die Thatsache, daß zur Herbeiführung derselben die Vermittelung des Herrn v. Reichs-röder benutzt worden sei, zur Kenntnis weiterer Kreise und namentlich auch der höheren Regionen gelangte und zwar ohne den Zufall, daß die Vermittelung nicht vom Fürsten Bismarck, sondern von Herrn Windthorst nachgeschickt worden war.

Politische Rundschau.

Deutschland.
* Sonntag mittag ist der König von Dänemark, auf der Rückreise von Livadia nach Kopenhagen begriffen, in Potsdam mittels Ertragzuges eingetroffen und auf dem Bahnhof, der mit bänischen und deutschen Wappen und Flaggen geschmückt war, von dem Kaiser und dem Prinzen Friedrich Leopold empfangen worden. Abends fand zu Ehren des Gastes im Neuen Palais Galastafel statt.
* An Stelle des Herrn v. Stabenroth soll, wie bekannt, der Kompanieführer der ostpreussischen Schutztruppe, Premier-Leutnant a. D. K o s s e s m i t t treten. Herr Schmidt soll schon mit dem nächsten Dampfer von Ostafrika nach Kamerun abreisen.
* Die neuen Handelsverträge geworden, wie der Reichszustandler v. Caprivi in der Freiheitsrede des Reichstags mitteilte, in der zweiten Dezemberwoche zur Vorlage kommen. Bis zu dem Weihnachtstagen werden sie dann zunächst in den Ausschüssen, nach Neujahr im Plenum des Reichstags beraten.
* Für die nächsten Arbeitstage im Reichstage sind, wie von gut unterrichteter Seite berichtet wird, keine weiteren Verhandlungen getroffen, als daß nach Beendigung der ersten Sitzung des Etats die zweite Beratung der Frankengelenkverträge zu Ende geführt und nur durch den Schwerpunkt in nächster Woche unterbrochen werden wird. Ueber die Beratung der Börsenanträge hat der Präsident noch keine Entscheidung getroffen, will und kann sie auch nicht treffen, sondern erwartet, um diese Anträge den älteren Initiativanträgen voranzustellen zu können, eine Anregung aus der Mitte des Hauses.
* Eine neue Schwierigkeit stellt sich bei dem neuen Alters-Veränderungs-Gesetz heraus. So zählt dieses Kalenderjahr 53 Beitragswochen, die bis, 52. Woche mit dem 26. Dezember abgelaufen und Montag, den 28. Dezember ein: 53. Woche beginnt. Nun steht aber im Gesetz, daß für die Rente niemand mehr, als 52 Wochen innerhalb eines Kalenderjahres in Anrechnung kommen dürfen.
* Die Zahl der Soldatenpatente hat im Reichspostamt im Jahre 1888 2253 900, im Jahre 1889 2178 200 betragen. Patente an Soldaten werden bekanntlich bis zum Gewicht von 6 Pfund für alle Entfernungen für 20 Pf. befristet. Infolge eingegangener Petitionen um weitere Erleichterungen für Soldatenpatente hat die Petitionskommission sich dahin ausgesprochen, daß das Verlangen, die Gewichtsgrenze für die an Soldaten gesendeten Patente etwas weiter hinauszusetzen zu sehen, einige Berücksichtigung verdient. Es beantragt deshalb die Petition dem Reichszustandler zur Erwägung zu überweisen.
* Zwei russische Espione sollen angeblich in Thorn verhaftet und in ihrem West-Platz der Festung gefangen worden sein.
Oesterreich-Ungarn.
* Für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes trat am Freitag in der österreichischen Reichsratsdelegation der Fürst v. Gallinger ein. Die Idee der Selbständigkeit der Kirche sei nicht durch Statuten aufzuhalten; dieselbe bilde keine italienische, sondern eine internationale katholische Frage. Der Anspruch des Papstes auf volle Souveränität auf dem eigenen Territorium sei durchaus legitim und eine Stütze der Legitimität. Graf K a t o l a n führte aus: Oesterreich behalte die Wünsche der

Statthalter im Auge, es vergesse aber nicht das Bündnis mit Italien, welches die Bedingung des Friedens sei. Italien werde durch solche bedauerlichen Reben verlegt.

Frankreich.
* Für den verurteilten Erzbischof von Aiz hatte der Pariser Figaro eine Geldsammlung veranstaltet, um ihm die zu zahlende Geldstrafe zu erlegen. Jetzt verlautet, daß die Regierung gegen das genannte Blatt deswegen gerichtliche Vorgehen wird.
* Der Bischof von N e e c h, Joaze, hat an den Justizminister Fallières ein Schreiben gerichtet, in welchem er ausführt, daß er von dem Erzbischof von Aiz Gouthe-Soulard vor dem Gerichtshof abgegebenen Erklärungen bestimme und die Verantwortung für dieselben übernimmt.
* Die mit der Prüfung des Gesetzentwurfs über die Prostitution beauftragte Kommission hat sich dahin ausgesprochen, daß sie, obgleich durchaus geneigt, gegen das Zukünftige gerichteten gesetzlichen Maßregeln zuzustimmen, dennoch den Text des betreffenden Gesetzentwurfs für unannehmbar halte. In den französischen Gesetzen finde sich die Prostitution nicht als strafbare Handlung; infolgedessen sei es auch nicht möglich, eine „Milchhülse“ an einer solchen festzustellen und auf Zubehälter anzuwenden.
* Die Pariser fühlen das Bedürfnis, aus der Ernüchterung herauszukommen, welche ihnen durch die Anwesenheit des Herrn v. Giers zu Paris und dessen kühltes Verhalten daselbst aufgewungen worden ist. Der „Matin“ erzählt deshalb seinen gläubigen Lesern, daß der russische Botschafter Baron v. Mohrenheim und der junge Herr v. Giers den ehemaligen Präpresidenten der Kaiserlichen Familie des Erzherzogs zu überhöflichen Besuchen empfangen haben. Der „Matin“ meinte, die ausgezeichneten Beziehungen Ferry d'Escalands zum „russischen Hofe“ lassen erwarten, daß die Unterredung günstige politische Folgen haben werde. — Die Verwerfung der Pariser muß schon sehr weit gediehen sein, wenn sie sich auf solchen Strophalim angewiesen sehen.
Belgien.
* Der Handelsminister erklärte den Vertretern der Industrie, die Verhandlungen Belgiens mit Deutschland über einen Handelsvertrag verlaufen günstig; sie betreffen nur eine einige bestimmte Anzahl von Artikeln, zu denen solche der Bekleidungs- und der Textilindustrie nicht gehören.
Italien.
* „Giercio“ meldet, daß die Anwesenheit des italienischen Kriegsministers in Sizilien möglicherweise mit der Frage der Befestigung der Südküste zusammenhänge. Es sei nämlich bekannt, daß Sizilien von Afrika aus in einer Nacht zu erreichen sei und daß die französische Kriegsmarine die Landung selbst afrikanischer Truppen in Sizilien seit jeher ins Auge gefaßt habe.
Spanien.
* Dem „Correo“ zufolge soll die Königin-Regentin von Spanien nach Neujahr eine Reise nach Wien und Berlin unternehmen.
Balkanstaaten.
* Die rumänische Kammer ist am Freitag durch den König in Person eröffnet worden. In der Thronrede, soweit dieselbe die auswärtige Politik betrifft, ist gesagt, die Beziehungen mit allen Mächten seien befriedigend und freundschaftliche, höchst erfreulicherweise herrliche gegenwärtig. Der glänzende und herzliche Empfang, welcher dem Könige auf seiner letzten Reise in Italien und Deutschland bereitet worden sei, sei ein neuer Beweis, wie sehr sich das rumänische Staatswesen gehoben und dessen Stellung gegenüber Europa befestigt habe.
Amerika.
* Eine sensationelle, jedenfalls weiterer Bestätigung bedürftige Meldung bringt die „Ndn. Zig.“ aus New York. Dort habe die französische Regierung ganz enorme Entschädigungen von G e r e t e gemacht. So groß seien die schon transportierten Massen, daß wie ein englischer Kapitän berichtet, der Regierung jetzt schon der Lagerraum fehle und das ausgeladene Getreide auf den Piers liege. Der Kapitän habe hinzugefügt: „Ich meine, sie setzen voraus, bald in einen Streit mit Deutschland verwickelt zu werden, und da sie sich nicht sicher fühlen, was unsere Marine dann thun würde, wollen sie für alle Fälle proviantieren.“
* Der ehemalige Präsident von Brasilien, Marshal Fonseca, wird sich laut einer offiziellen Depesche nach der Insel Paqueta „zurückziehen“, was wohl heißen soll, daß er dorthin verbannt ist. In Rio de Janeiro herrscht jetzt